



Kanzler Schröder: In der Regierungszentrale liegen die Nerven blank

Der Hartz-Horror

In der Bundesagentur für Arbeit bahnt sich das größte Finanzdebakel seit der deutschen Einheit an. Die von einer Allparteien-Koalition verabschiedete Hartz-Reform führt zu Mehrkosten, die den Bildungsetat deutlich übersteigen. Neue Arbeitsplätze sind nicht entstanden – außer in der Bürokratie.

Es gibt viele Gründe, einen Termin abzuzagen: Etwas Wichtiges ist dazwischengekommen, das Thema hat sich erledigt, jemand ist krank geworden. Das kann passieren.

Ganz anders ist es, wenn ein Treffen verschoben wird, weil einer der Teilnehmer schlecht vorbereitet ist. Weil er wichtige Informationen nicht liefern kann. Weil er seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Dann kann die Absage zur Rüge werden. Zum Misstrauensvotum. Zum Politikum.

So war es, als vor rund drei Wochen ein leitender Beamter des Kanzleramtes im Büro von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement anrief. Das für die nächsten Tage geplante Treffen mit Finanzminister Hans Eichel und Kanzler Gerhard Schröder zu den nach oben schießenden Kosten der Hartz-Reform müsse verschoben werden, ließ der hochkarätige Anrufer wissen. Die bislang vorgelegten Rechnungen aus dem Clement-Ressort seien als Gesprächsgrundlage „zu unsicher“ und reichten für diese Spitzenrunde „nicht aus“, begründete der Schröder-Mann seine Absage.

Dann setzte er eine neue Frist. Anfang Juni müsse das Treffen im Kanzleramt nachgeholt werden. SPD-Chef Franz Müntefering werde auch geladen, sagte er mit drohendem Unterton. Denn die Vorgänge rund um

die Hartz-Reform sind innerhalb der Regierung zum Top-Thema geworden. Bis dahin, forderte der Anrufer, müssten „alle Zahlen auf dem Tisch liegen“.

In der Regierungszentrale liegen die Nerven blank. Es geht um das zentrale Reformprojekt dieser Amtsperiode, es geht um die Staatsfinanzen und auch um den Zusammenhalt der rot-grünen Koalition. Es geht nebenbei auch um den Kopf von Wirtschaftsminister Clement – und das An-

Milliardengrab Arbeitsmarkt

Arbeitslosengeld II

Die Millios mehr Empfänger des neuen Arbeitslosengeldes als erwartet.

Geschätzte Mehrkosten 2005/2006: **20 Mrd. €**

Ein-Euro-Jobs

Die Kommunen nutzen in großem Umfang die vom Bund finanzierte Jobregelung für Langzeitarbeitslose.

Kosten 2005 mindestens: **0,7 Mrd. €**

Ich-AG

Schon im vergangenen Jahr verschlang die amstrittene Existenzgründerhilfe 500 Mia. € mehr als geplant.

Mehrausgaben 2004 und 2005 mindestens: **1 Mrd. €**



Arbeitsamt

Titel

Hartz-IV-Start (am 3. Januar in Berlin)
Milliardenschwerer Murks

sehen des Kanzlers. Die Hartz-Reformen sind schließlich das Kernstück seiner Agenda 2010, die ihm in den Geschichtsbüchern Nachruhm bescheren soll.

Die Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die der Kanzler und sein Wirtschaftsminister noch vor kurzem als „wichtigste und umfassendste Reform“ (Schröder) und „Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt“ (Clement) gefeiert hatten, droht zum schlimmsten Regierungsunfall seit dem Missmanagement der deutschen Einheit zu werden. Was der Beschäftigung in Deutschland neuen Schwung verleihen sollte, droht in eine Orgie von Verschwendung, Ineffizienz und Bürokratie zu münden.

„Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – so lautete der Auftrag der nach VW-Manager Peter Hartz benannten Kommission. Milliardenschwerer Murks, Abzockerei in Millionenhöhe und eine Wirkung am Arbeitsmarkt, die gegen null tendiert – das ist die Realität.

Stauend und hilflos schauen die Beamten im Wirtschafts- und Finanzministerium zu, wie das vielgepriesene „Signal, dass sich Deutschland bewegt“ (Schröder) den Charakter eines Schildbürgerstreichs annimmt. In der Öffentlichkeit ist die Reform wegen ihrer Einschnitte als „sozialer Kahlschlag“ und „Armut per Gesetz“ verufen. Tatsächlich muss der Staat in den nächsten Jahren deutlich mehr für die Verwaltung und die Alimentierung seiner Langzeitarbeitslosen ausgeben als je zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Hartz-Reform ist ein Milliardengrab. Berlin hat mit einer großen Kraftanstrengung vor allem eines produziert: rasenden Stillstand.

Es ist wie so oft, wenn ein Projekt gravierende Baumängel aufweist: Ein Fehler bringt den nächsten hervor. Es kommt zu Fehlfunktionen in der deutschen Arbeitsmarktmaschinerie, die von nahezu allen Zielen der Reform mittlerweile das Gegenteil produziert.

Das komplizierte Reformwerk erinnert in vielem an jene bizarre Maschine, die der israelische Satiriker Ephraim Kishon als Parabel auf die gleichermaßen geräuschvolle wie sinnlose Komplexität der Moderne entwarf. Kishons Maschine nämlich war konstruiert worden, um Kartoffeln zu pflanzen, zu bewässern, zu ernten, zu waschen, zu kochen – und sie am Ende selbst aufzuessen. Ein Kreislauf ohne Sinn war entstanden, eine Maschine lief heiß, die nichts hervorbrachte außer Lärm und Qualm.

Dem Gemeinschaftswerk von Regierung und Opposition, von Arbeitgebern und Gewerkschaften droht das gleiche Schicksal: Die angestrebte Beschleunigung der Vermittlung von Arbeit – ein Wunsch-

BERLIN PRESS / ACTION PRESS

traum. Die erhoffte Kostenersparnis – ein Irrtum. Der Aufbruch in einen modernen Arbeitsmarkt – wieder mal vertagt.

Ausgerechnet jene Reform, deren Weg von Schröder seine SPD in tiefe Selbstzweifel stürzte, wirkt nicht. Sie scheitert an einer Wirklichkeit, die mit den Vorstellungen der Politiker von ihr nicht übereinstimmt.

Das Kernstück der Reform, die Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, droht in einer geradezu furiosen Fehlfunktion gleich sämtliche Ziele auf einmal zu verfehlen. Statt die Arbeitslosigkeit wie geplant zu drücken, liegt die Zahl erwerbsfähiger Hartz-IV-Empfänger mittlerweile um fast eine Million höher als geplant. Statt der versprochenen „Kultur des Förderns und Forderns“ herrschen in den Hartz-IV-Ämtern Kompetenzgerangel, Misstrauen und Frust. Statt die Kosten wie vorausberechnet deutlich zu senken, stellt sich die Regierung inzwischen auf Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II von 20 Milliarden Euro in diesem und im nächsten Jahr ein. Zum Vergleich: Für Forschung und Bildung gibt die Koalition in diesem Jahr 9 Milliarden aus.

Allein in den ersten vier Monaten hat der Bund knapp acht Milliarden Euro für den Unterhalt der Langzeitarbeitslosen überwiesen, fast doppelt so viel wie ursprünglich geplant.

So hält es das Wirtschaftsressort inzwischen für wahrscheinlich, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ihren Höhepunkt noch längst nicht überschritten hat – sondern weiter steigt. Es müsse „davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Anträge von Bedarfsgemeinschaften erst mit einer gewissen Zeitverzögerung bearbeitet wird“, heißt es in einer internen Analyse. Dies könne die Ziffer der Langzeitarbeitslosen noch einmal um etwa fünf Prozent

oder 220 000 nach oben schieben. Zusätzliche Kosten: rund zwei Milliarden Euro.

Die von ihren Erfindern gepriesenen Instrumente zur Jobförderung – von der Ich-AG bis zum Vermittlungsgutschein – erweiterten vor allem die Betätigungsfelder für Fördergeldtrickser und Betrüger. Einige der Reforminstrumente, urteilt der Bundesrechnungshof in einem internen Zwischenbericht, hätten längst „eingestellt werden müssen“.

Die neue Computertechnik, mit der die Behörde ihre Vermittlung verbessern wollte, entpuppt sich ebenfalls als untauglich: Der Virtuelle Arbeitsmarkt verschlingt mit rund 160 Millionen Euro mehr als doppelt so viel Geld wie geplant – ohne eine erkennbare Steigerung der Vermittlungszahlen.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement droht über der sich abzeichnenden Pleite

TYPISCH CLEMENT: DIE HOFFNUNG NÄHRT DIE HOFFNUNG.

die letzten Reste seiner Reputation zu verlieren. Noch im vergangenen Jahr hatte der Ressortchef das Hartz-Projekt als „bedeutendste Arbeitsmarktreform der Geschichte“ bejubelt.

Jetzt versucht er den beinahe täglichen Hartz-Horror als vorübergehende Anlaufschwierigkeit zu verkleinern. „Die Belastungen werden bald sinken“, prophezeit der Minister, „weil auch die Arbeitslosigkeit abnimmt.“ Typisch Clement: Die Hoffnung nährt die Hoffnung. Der Kanzler verfolgt die Schönfärberei seines Ministers mit wachsendem Ingrimis.

Die Fachleute mögen auf die Methode Clement nicht mehr vertrauen – nicht mal in der eigenen Partei. So klagte jüngst die brandenburgische Arbeitsministerin Dagmar Ziegler, dass bei der Hartz-Reform die „Vermittlung von Arbeitslosen noch ganz



Zentrale der Nürnberger Bundesagentur: Ist die

am Anfang“ stehe. Und ihr neuer schleswig-holsteinischer Kollege Uwe Döring räumt unumwunden ein, dass „Hartz IV bisher kein Erfolg ist“. Die Reform habe „höhere Kosten und höhere Arbeitslosenzahlen gebracht“, zudem sei „eine riesige Bürokratie aufgebaut worden, die viel zu groß und viel zu starr ist“.

An der Spitze der Reformadministration wird bereits die Schulfrage diskutiert. Bundesagenturchef Frank-Jürgen Weise lässt in Gesprächen mit Vertrauten durchblicken, dass er die „Hartz-IV-Reform für nicht mehr



Hartz-Kommission (bei der Übergabe ihres Gutachtens an Kanzler Schröder): Kombination erfolgreicher Reformrezepte anderer Länder



Björn Göttlicher / GARD

Mammutbehörde überhaupt reformierbar?

erfolgsfähig“ hält. Im Gegenzug streuen führende Beamte des Wirtschaftsressorts, die Bundesagentur habe das Fusionsvorhaben nicht ausreichend unterstützt.

Wie sehr das wichtigste Regierungsprojekt aus dem Ruder gelaufen ist, weiß niemand besser als die Beschäftigten in den 330 neugeschaffenen Hartz-IV-Behörden der Republik. Sie erleben täglich, wie das missratene Neuerungswerk Arbeitslosenzahlen und Kosten nach oben treibt.

Im Jobcenter Berlin-Mitte sitzt Detlev Groß, Sachbearbeiter im Sozialamt, vor ei-

nem grauen Computerbildschirm. Eine E-Mail meldet, dass das System morgen zwischen 14 und 16 Uhr „nicht zur Verfügung“ steht. Detlev Groß kennt das. Mal läuft das System A2LL, das im Agenturjargon für „Lange Leitung“ steht, eine Woche störungsfrei. Dann wieder fällt es beinahe täglich aus.

Dass ihm deshalb weniger Zeit bleibt, die Anträge zu prüfen, haben seine Kunden längst gemerkt. „Anfangs sind viele nicht mehr gekommen, weil sie dachten, mit Hartz IV werden sie schärfer kontrol-

liert“, sagt Groß. „Jetzt sind die alle wieder da“ – dazu melden sich Leute, die er früher im Amt nie gesehen hat: angeblich mittellose Rechtsanwälte oder Zahnärzte. „Hartz IV“, sagt Groß, „hat die Scham vor dem Sozialamt gesenkt.“

Im Jobcenter Duisburg registrieren die Bearbeiter wie fast überall im Lande einen massiven Anstieg von Ausländern, die Hartz IV beantragen. Früher konnten die Ämter jeden Bewerber aus Portugal oder Griechenland ablehnen, der sich nur deshalb „in die Bundesrepublik begeben hatte, um Sozialhilfe zu beantragen“. So stand es im Gesetz. Jetzt aber gilt Hartz IV – und danach müssen die Ämter den Antrag schon dann bewilligen, wenn dem Kunden „erlaubt werden könnte“, in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen.

Inzwischen habe sich dieser Gummiparagraf „herumgesprochen wie ein Lauffeuer“, berichtet ein frustrierter Sachbearbeiter. „Es gilt die Devise: Der Antragsteller kann uns erzählen, was er will – und wir glauben es.“ Die Folgen lassen sich in der aktuellen Statistik ablesen: Mit 23 150 Hartz-IV-Familien hatte das Amt in Duisburg gerechnet. Jetzt sind es nach der jüngsten Schätzung über 34 000.

Im brandenburgischen Nauen verwaltet Dennis Granzow den Mangel. Der 42-jährige Leiter des neugeschaffenen Integrations- und Leistungszentrums Havelland residiert in einem Gebäudekomplex aus den Neunzigern, einem freundlich gelbgestrichenen Büro im zweiten Obergeschoss. Von dort blickt er auf ein Land der Arbeitslosen. Aktuelle Quote: 19 Prozent.

9100 Bedarfsgemeinschaften hatte das Berliner Wirtschaftsministerium in seiner Planung für den Landkreis zugrunde gelegt. Stattdessen muss Granzow nun 10 700 Fälle beackern – mit demselben Personal. Damit seine Leute die Antragsflut bewältigen können, bleibt die Agentur mittwochs

Hartz IV – Wunsch ...

Was die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bewirken sollte

VORHER

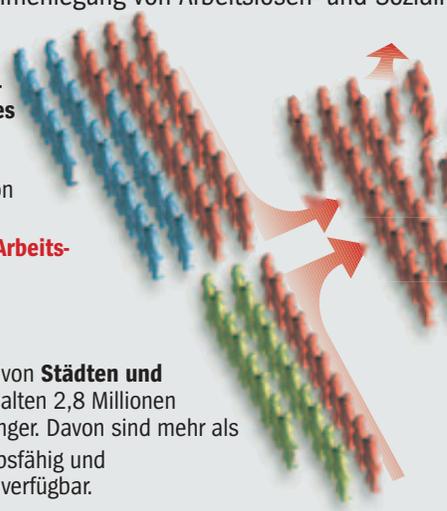
Die **Arbeitsagenturen des Bundes** verwalten rund 4,5 Millionen Arbeitslose, davon **2,3 Millionen Empfänger von Arbeitslosenhilfe**.

Die **Sozialämter von Städten und Gemeinden** verwalten 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger. Davon sind mehr als **1 Million** erwerbsfähig und uneingeschränkt verfügbar.

NACHHER

Arbeitsagenturen und Sozialämter arbeiten in modernen **Jobcentern** zusammen.

3,4 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) haben bessere Aussichten auf Vermittlung, stehen aber auch unter verstärktem Druck, möglichst jede zumutbare Arbeit anzunehmen.



... und Wirklichkeit

1. Mehr ALG-II-Empfänger als erwartet. Die Mehrzahl ist schwer vermittelbar und belastet die Betreuung der anderen Arbeitslosen in den Jobcentern.

erwartet	3,4 Mio.
April 2005	4,47 Mio.

2. Kostenexplosion. Weil so viele ALG-II-Anträge eingegangen sind, muss der Bund weitere Milliarden zur Arbeitslosenunterstützung und für zusätzliches Personal in den Jobcentern zuschießen.

3. Mehr Bürokratie. Der politische Kompromiss zur Hartz-IV-Reform hat eine klare Regelung der Zuständigkeiten in den Jobcentern verhindert. Auch die Finanzkontrolle ist unzureichend.

DER SPIEGEL

Schnell raus, schnell rein

Warum die Arbeitsagenturen in Österreich, Dänemark und Großbritannien erfolgreicher sind

Mit ein paar Überstunden war es diesmal nicht getan. Einen solchen Ansturm konnten sie auf konventionelle Weise nicht mehr bewältigen, ahnten die Mitarbeiter der Arbeitsagentur in Northfield im Süden von Birmingham, als sie vor sechs Wochen von der Pleite des britischen Autoherstellers MG Rover erfuhren. Auf einen Schlag hatten sie es mit rund 6000 Kunden zu tun, die bis dahin im Werk Longbridge gearbeitet hatten: Mechaniker, Ingenieure, Bürogehilfen – alle plötzlich auf der Suche nach einem neuen Job. Kurzerhand entschieden die Vermittler, das Büro auch am Samstag und Sonntag zu öffnen. „Das Jobcentre Plus tut seinen Teil, um zu helfen“, kommentiert die Regionaldirektorin Rosemary Thew die Aktion nüchtern, als sei solches Engagement selbstverständlich.

Es weht ein neuer Wind durch die britische Arbeitsverwaltung, entfacht allerdings schon 1998, als die Regierung Tony Blair die Jobvermittlung systematisch zu modernisieren begann. Damit war der Premier nicht mal der Erste in Europa: Bereits Mitte der neunziger Jahre forcierten Dänen und Österreicher das Prinzip, Arbeitslose zu fördern und zu fordern. Und sie entwickelten Strategien, Jobs zu vermitteln statt nur Geld zu zahlen – lange bevor es in Deutschland diskutiert wurde. Heute ernten sie die Früchte dieser Politik.

Österreich startete die Reform im Sommer 1994 mit der Ausgliederung der Ar-

beitsbehörde aus der Bundesverwaltung. Der neuentstandene Arbeitsmarktservice (AMS) ähnelt in seiner Struktur einer Kapitalgesellschaft: mit Vorstandsvorsitzendem und testiertem Jahresabschluss.

Gut die Hälfte der 4500 AMS-Mitarbeiter sind in der Vermittlung tätig. Ihre Arbeit wird von klaren Vorgaben be-



Jobcentre Plus in Northfield: Vermittlung sogar sonntags

stimmt: Jedes Jahr definiert der AMS zehn Ziele, die bis hinunter auf die regionale Ebene penibel quantifiziert werden. Im Burgenland zum Beispiel sollen die Vermittler in diesem Jahr mindestens 1503 Langzeitarbeitslosen eine Stelle verschaffen, so heißt es in „Ziel 4“.

Monatlich prüfen die Landesbehörden, ob die AMS-Filialen im Plan liegen. „Wenn nicht, müssen wir Rede und Antwort stehen“, sagt Dietmar Strobl, Leiter der Geschäftsstelle in Jennersdorf.

Erreichen sie die Vorgaben, winkt eine Prämie: Mit insgesamt 280 Euro pro Fi-

liale hat sie freilich eher Symbolcharakter. Ansonsten arbeiten die AMS-Geschäftsstellen autonom. Jede bestimmt selbst, wie sie ihr Budget verwendet. Hauptsache, die Ziele werden erreicht.

Dieser dezentrale Ansatz ist auch charakteristisch für die Arbeitsämter in Dänemark. In fast jeder Gemeinde gibt es eine „Jobbutik“, Anlaufstelle für alle Bürger, die Hilfe und Arbeit suchen. Die Vermittler entwerfen mit ihnen individuelle Handlungspläne, stehen ständig in Kontakt mit den Arbeitgebern der Region und wissen so genau, welche Kräfte gefragt sind. Um finanzielle Dinge wie die Berechnung von Leistungsansprüchen müssen sie sich nicht kümmern, das übernehmen die Arbeitslosenkassen.

Trotzdem bleibt den Vermittlern genug zu tun: Der dänische Arbeitsmarkt ist ständig in Bewegung, Arbeitgeber können ihre Mitarbeiter so schnell entlassen wie einstellen, der Kündigungsschutz ist minimal.

„Es ist hier keine Katastrophe, arbeitslos zu werden“, sagt der langjährige Vermittler Poul Frank. Von den rund 130 000 Arbeitsplätzen in Sonderjylland, der südlichsten Festlandprovinz, werden innerhalb eines Jahres 35 000 neu besetzt.

Die britische Variante dieser Strategie sind die „Jobcentre Plus“. Bis zum kommenden Jahr will Premier Blair sämtliche Arbeits- und Sozialbehörden neu organisiert haben. Die Grundlage für den Umbau hatte schon die Vorgängerregierung gelegt: 1996 fasste sie mit der „Jobseeker's Allowance“ Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zu einer Leistung zusammen.

Arbeit sollte sich wieder lohnen, lautete schon damals die Devise, auch niedrig entlohnte Beschäftigung. Seitdem fördert der Staat gezielt Geringverdiener: Er bezuschusst den Verdienst, indem er

Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich, standardisiert



ihnen einen Teil der Einkommensteuer zurückzahlt.

„Working Tax Credit“ und „Child Tax Credit“ heißen die Instrumente heute. Danach bekommt beispielsweise eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 10 000 Pfund vom Staat 3930 Pfund zusätzlich.

Verdient sie mehr, sinkt der Zuschuss. Bei 25 000 Pfund sind es nur noch 545 Pfund extra. „Diese Steuergutschriften erhöhen die Anreize für Arbeitslose, eine Beschäftigung aufzunehmen, beträchtlich“, meint Wolfgang Ochel vom Münchner Ifo-Institut.

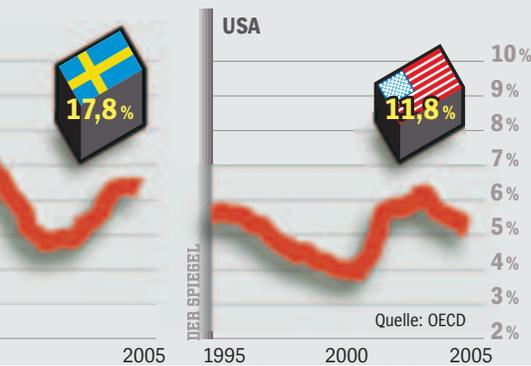
Zuletzt ist der Anteil der Erwerbstätigen in Großbritannien jedes Jahr um ein Prozent gestiegen, die Arbeitslosenquote ist auf den historischen Tiefstand von 4,6 Prozent gefallen. In Dänemark liegt die Rate bei 5,4 Prozent, in Österreich sogar nur bei 4,5 Prozent.

Alle drei Länder – so unterschiedlich ihre sozialstaatlichen Traditionen auch sind – haben die Arbeitsverwaltung so organisiert, dass sich die Mitarbeiter ganz auf die Jobvermittlung konzentrieren können: Das macht großenteils ihren Erfolg aus. Denn letztlich ist die Zahl der Arbeitslosen vor allem auch eine Frage schneller Vermittlung: In Großbritannien dauert es im Schnitt 21 Wochen, in Dänemark 16, in Österreich 15 – in Deutschland sind es 33 Wochen.

Den Nachbarn kommt zugute, dass sie schon Mitte der neunziger Jahre die Arbeitsverwaltung umgebaut haben. So konnten die Reformen ihre Wirkung in den Aufschwung hinein entfalten. Die Nürnberger Bundesagentur hat es da jetzt ungleich schwerer: Am Ende hilft die beste Organisation nichts, wenn die Konjunktur schwächelt und es kaum Jobs zu vermitteln gibt.

Solche Probleme sind den Mitarbeitern im britischen Jobcentre Plus, das die Opfer der Rover-Pleite betreut, fremd: Bei einer eigens eingerichteten Hotline meldeten sich in kürzester Zeit fast 300 Arbeitgeber, die etwa 2000 Stellen anboten.

ALEXANDER JUNG



Vermittlungsgutschein

Start: April 2002
 ausgegebene Gutscheine: 1,4 Millionen bis April 2005
 davon eingelöst: 111 603

Die Vermittlungsprovisionen sollen private Vermittler erhalten, die einen Arbeitslosen vermitteln. Doch nur wenige Gutscheine wurden bislang eingelöst – offenbar jeder fünfte davon in Zusammenhang mit Betrug und Missbrauch.

Vermittlungsoffer Arnold

DEUTZMANN.DE

und donnerstags Vormittag vorerst für Kunden geschlossen.

Überall fehlt das Geld. Von den für dieses Jahr bewilligten 23,5 Millionen Euro sind 4,5 Millionen noch immer nicht freigegeben. Granzow müsste Lohnkostenhilfen oder Fahrtkostenzuschüsse streichen. „Wenn das Geld nicht bald fließt“, sagt Granzow, „gehen wir hier unter.“

Ob in Nauen, Duisburg oder Berlin: Überall registrieren die in den Jobcentern Beschäftigten, dass die Hartz-Reform anders wirkt als gedacht: Eigentlich sollten Kürzungen und Kontrollen dazu führen, dass sich Arbeitslose massenhaft von den Ämtern abmelden. Stattdessen lockt die Fusion nun überall neue Bedürftige hervor – und eine blühende Beratungsindustrie, die mit Büchern, Broschüren und Informationsangeboten aller Art verrät, wie die Ämter am besten auszutricksen sind.

Im Osten hat die PDS nahezu flächendeckend Anlaufstellen für vermeintliche Hartz-Opfer eingerichtet. Im Westen melden Arbeitslosenstammtische von Sozialverbänden und der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di regen Zulauf. Auch das Internet bietet Hilfe. Die Amateur-Homepage des Wuppertaler Arbeitslosenvereins „Tacheles“ verzeichnete allein im Januar knapp drei Millionen Aufrufe.

Hingebungsvoll widmen sich die Mitglieder des Internet-Forums der Frage, wie ein teures Auto, etwa durch Überschreiben auf die Oma, vor dem Zwangsverkauf gerettet werden kann. Gleich mehrere hundert Debattenbeiträge loten die Möglichkeiten („zwei Schränke, zwei Betten“) aus, ein eheliches Zusammenleben als zwanglose Wohn- und Untermietgemeinschaft zu tarnen. Eine Musterrechnung weist nach, wie sich Alleinerziehende mit Hartz IV finanziell besser stellen können.

Dass das Arbeitslosengeld II viel attraktiver ist als gedacht, zeigt am auffälligsten, wie sehr sich die Regierung bei ihrer Reform verkalkuliert hat. Was als Einschnitt geplant war, erweist sich für viele als Zugabe. Was den Sozialstaat kleiner machen sollte, hat ihn aufgebläht.

Dabei hatte alles so hoffnungsvoll begonnen. Gut drei Jahre ist es her, dass der sogenannte Vermittlungsskandal einer überraschten Öffentlichkeit vor Augen führte, wie sehr die hiesige Arbeitsverwaltung in 30 Jahren Massenerwerbslosigkeit zu einem ineffizienten Bürokratiemonster gewuchert war. Die 181 Arbeitsämter der Republik, so zeigten die Berichte von Rechnungshöfen und Innenrevisoren, hatten einen Großteil ihrer stolz aufgeführten Jobvergaben schlicht erfunden. Fast 90 Prozent der Beschäftigten vermittelten keine Stellen, sondern verwalteten Akten – und sich selbst. Und wer eines der staatlich geförderten Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprojekte besuchte, hatte hinterher schlechtere Chancen auf eine Stelle als zuvor.

Der Kanzler nutzte die allgemeine Empörung über die „Skandalbehörde“ („Welt“), um gegen den Widerstand von Partei und Fraktion eine radikale Reform des Arbeitsmarktes auf den Weg zu bringen. Er ersetzte den christdemokratischen Anstaltsleiter Bernhard Jagoda durch die SPD-Reformhoffnung Florian Gerster. Er beschnitt die Macht des Aufsichtsrates aus Gewerkschaftern und Arbeitgebern. Er beauftragte den VW-Personalchef Peter Hartz, einen gleichermaßen wuchtigen wie wirksamen Reformplan auszuarbeiten. Es war ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 2002. Die Arbeitslosenzahlen hatten soeben die Marke von 4,1 Millionen überschritten.

Was der Auto-Manager wenige Monate später im SPIEGEL präsentierte, war eine Kombination erfolgreicher Reformrezepte, wie sie andere Länder lange zuvor ausprobiert hatten. Alles war flott verpackt in den Hartzschen Manager-Sprech aus Quick-Vermittlung und Ich-AG, Job-Floa-



WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

Anti-Hartz-Demonstration (in Leipzig): Viel attraktiver als gedacht

ter und Cluster-Bildung. Mit mehr Leiharbeit und Selbständigkeit, weniger Arbeitslosengeld und schärferer Zumutbarkeit wollte der VW-Manager den Arbeitsmarkt in Schwung und die Behörden auf Trab bringen – und das in einer großen Reformkoalition aus Regierung und Opposition, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die gesamte gesellschaftliche Elite, von Hartz als „Profis der Nation“ umschmeichelt, sollte mitziehen.

Es war einmal mehr ein Reformversuch innerhalb des deutschen Konsensmodells. Es war genial und naiv. Es war der letzte Wahlkampftrumpf des Kanzlers.

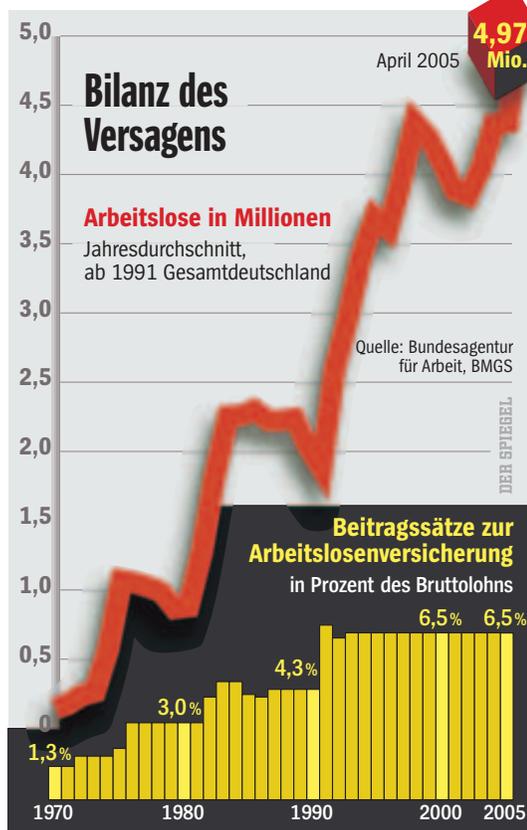
Doch dann geschah, was häufig passiert, wenn in Deutschland Reformen angepackt werden. Nach anfänglichem Jubel über die „interessanten Vorschläge“ (Roland Koch) und die „richtige Richtung“ (der damalige IG-Metall-Boss Klaus Zwickel) widmete sich der politische Betrieb der Republik wieder seinem Lieblingsspiel: Reformideen erst kleinschreddern, um sie zum Schluss wieder in die traditionelle Ordnung des föderalen Verbändestaates einzupassen.

Funktionäre und Mandatsträger redeten vom Wohl der Arbeitslosen, wo sie nichts anderes im Blick hatten als die eigenen Interessen: Arbeitgeber und Gewerkschaften den Bestand des Tarifkartells, die Parteien die nächsten Wahlen, Bund und Länder den föderalen Verteilungskampf um Geld und Kompetenzen.

Und so kam es, dass die Hartz-Reform zu einem typisch deutschen Kompromissprodukt geriet: in einer großen Koalition verabschiedet, aber voller Widersprüche, Formelkompromisse und Fehlannahmen, die von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bald überholt wurden.

Regierung und Opposition hatten ihre Sicht der Dinge in ein Zahlenwerk eingebaut, das sich eher als Wunsch denn als Wirklichkeit entpuppte.

Unterstellt hatten Hartz und Co. einen kräftigen Aufschwung, in dem ihr Maßnahmenpaket rasch für neue Jobs sorgen sollte. Stattdessen rutschte die Wirtschaft in eine dreijährige Stagnation – für die keine einzige ihrer Reformen ausgelegt war.



Geplant hatte die Kommission, das Kernprojekt einer Fusion von Arbeitslosen- und Sozialhilfe der damaligen Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu übertragen. Stattdessen entschied sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat Ende 2003 für eine hochkomplizierte Aufgabenteilung: Arbeits- und Sozialämter sollten die Betreuung der Langzeitarbeitslosen gemeinsam übernehmen, mit geteilten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie einer selbst für Experten kaum zu durchschauenden Finanzarchitektur.

Es ging um eine Ämterreform, wie sie im Prinzip alle Beteiligten für sinnvoll hielten. Früher waren gleich zwei Behördenzweige für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen zuständig. Die Arbeitsämter verwalteten die Bezieher von Arbeitslosenhilfe. Die Kommunen kümmerten sich um die Sozialhilfeempfänger – mit unterschiedlichen Leistungsniveaus, unterschiedlicher Jobförderung, unterschiedlichen Sanktionsvorschriften. Und anstatt sich gemeinsam um die erwerbslose Unterschicht der Republik zu bemühen, versuchten die rivalisierenden Ämter, sich die ungeliebte Klientel gegenseitig zuzuschieben.

Damit sollte Hartz IV Schluss machen. Doch anstatt die fusionierten Ämter entweder den Kommunen (so wollten es CDU und CSU) oder der Bundesagentur (so wollte es die SPD) zu unterstellen, versuchte der Vermittlungsausschuss die Quadratur des Kreises: Beide Behörden wurden gleichermaßen zuständig.

Stolz feierten die Politiker ihr Ergebnis. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement sprach von einem „beachtlichen Impuls“ für Deutschland, Hessens Ministerpräsident Roland Koch bejubelte den „richtigen Kompromiss“, den er als Verhandlungsführer der CDU mit seinem SPD-Widerpart Ludwig Stiegler ausgehandelt hatte.

Tatsächlich hatten sie ein heillofes Durcheinander geschaffen, das ihren Interessen, aber nicht der Sache diene. Zwar war nun geklärt, dass sich die Behörden zu sogenannten Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen sollten, aber die entscheidenden Fragen blieben offen: Haben in den Ämtern nun die Geschäftsführer oder die Chefs der Mutterbehörden das Sagen? Was dürfen die gesetzlich vorgesehenen Beiräte und Trägerversammlungen entscheiden? Wer kann Personal einstellen, wer entlassen? Haben der Bund oder die Länder die Aufsicht?

Wo die Machtverhältnisse nicht geklärt sind, blühen die Konflikte. Während die Agenturbeamten darauf drängen, die Vorgaben aus Nürnberg möglichst wortgenau ein-

Heilige Johanna der Agentur

Neue Fallmanager sollen Langzeitarbeitslosen Jobs bringen – eine schier aussichtslose Mission.

Herr Schlüter* sitzt auf dem kleinen Stuhl neben ihrem Schreibtisch. Sie hat ihn eingeladen, weil er seit sieben Jahren keine Arbeit hat. „Ich möchte mit Ihnen über Ihr Bewerberangebot beziehungsweise Ihre berufliche Situation sprechen“, schrieb sie ihm.

In den Akten über Herrn Schlüter steht etwas von Suchtproblemen, nichts Genaues. Frau Jünemann denkt an Alkohol, an Heroin, das Übliche hier in der Hartz-IV-Welt von Berlin-Neukölln, dem wohl größten Jobcenter der Republik.

Dann lehnt sich Herr Schlüter zu ihr rüber. „Ich bin sexsüchtig“, flüstert er.

lange ohne Job ist – und sie beseitigen helfen: Sucht, zerrüttete Familien, Schulden, Probleme mit der Wohnung oder bei der Kinderbetreuung. Sie soll eine Art Heilige Johanna der Agentur sein.

Frau Jünemann sitzt in einem Büro von der Größe einer Familiensauna, alles ist grau, die Wände, der Fußboden, der Schreibtisch. Auf einem Schrank ruhen ein paar Ordner. Auf ihnen stehen Wörter wie „Vermittlungsoffensive“, „ABM“, „JobAktiv“. Es sind die Schlagworte der Vergangenheit, Begriffe aus der langen Geschichte der deutschen Arbeitsmarktpolitik, die immer modernere Begriffe

fer, als Tischlergehilfe und Möbelschlepper gearbeitet. Er hat keine Ausbildung. Er ist 40 Jahre alt und seit 1991 ohne festen Job. „Wahrscheinlich ein Schwarzarbeiter“, sagt Frau Jünemann. „Den werde ich mal mit ein paar Angeboten in die Ecke drängen.“ Dann kommt Herr Finke.

Er redet nicht viel, er kommt eigentlich mit drei Worten aus, mit „ne“, „ähem“ und „jut“. Frau Jünemann sucht in ihrem Rechner nach Jobangeboten als Bauhelfer. Aber sie findet keins. Vergeblich sucht sie nach Möbelpackern, dann nach Lagerarbeitern.

„Haben Sie einen Staplerpass?“

„Ne“, sagt Herr Finke.

„Dann machen Sie jetzt mal einen.“

„Jut“, sagt Herr Finke.

Dann setzt Frau Jünemann einen Vertrag mit Herrn Finke auf. Er hält fest, dass Herr Finke erst mal eine Lizenz zum Gabelstaplerfahren auf Kosten des Jobcenters machen und sich dann wieder



SABINE SAUER / DER SPIEGEL (L.); PAUL LANGROCK / ZENIT (R.)

Fallmanagerin Jünemann (l.) mit Arbeitsloser, Arbeitsagentur in Berlin-Neukölln: Bannerträgerin der neuen Politik

Birgit Jünemann zuckt, dann unterdrückt sie ihr Lachen. „Immer, wenn ich etwas Geld habe, renne ich damit zu einer Prostituierten.“ Herr Schlüter sieht verzweifelt aus. Frau Jünemann muss handeln.

In der elektronischen Akte des Kunden Schlüter vermerkt sie unter der Rubrik „Vermittlungshemmnisse“ dessen Sexsucht. Sie schickt ihn zur Therapie und vereinbart schriftlich, dass er danach wiederkommt. „Früher hätte ich gesagt: Der ist arbeitsfähig, der Rest interessiert mich nicht.“ Jetzt aber ist sie Fallmanagerin.

Sie soll nicht nur nach freien Stellen suchen. Sie muss die Langzeitarbeitslosen jetzt „ganzheitlich“ betreuen. Sie soll die Gründe aufspüren, weshalb jemand so

produzierte und mit jeder neuen Erfindung auch mehr Arbeitslose.

Seit Hartz IV hat Fallmanagerin Jünemann noch mehr neue Vokabeln. Vorher war sie Vermittlerin in der Arbeitsagentur. Das klang nach gebohnerten Fluren. Manager klingt nach Tatkraft und Effizienz. Sie soll die Zusage einlösen, dass mit Hartz IV nicht nur mehr gefordert, sondern auch viel besser gefördert wird. Sie soll eine der neuen Helden der Arbeit sein, Wunderwaffe im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit. Sie ist ein Versprechen.

Auf ihrem Schreibtisch stehen eine Tonschildkröte, ein Stoff-Elch und Plastikschweine. Birgit Jünemann, 40, ist eine leise Frau, zierlich, der Blusenkragen sitzt ordentlich, das Haar liegt korrekt.

Sie liest die Geschichte ihres nächsten Kunden. Herr Finke hat mal als Bauhel-

melden soll. Der Vertrag heißt Eingliederungsvereinbarung. Es ist ihre schärfste Waffe gegen Faulheit und Missbrauch. Wenn Herr Finke nicht spurt, kann sie ihm für drei Monate das Geld kürzen.

„Dann wollen wir doch mal gucken, dass wir künftig was mit Ihnen machen“, sagt Frau Jünemann. Sie lächelt freundlich. „Ähem“, sagt Herr Finke und geht. „Der schien doch recht motiviert“, sagt die Fallmanagerin, die sich ihre Genügsamkeit aus der alten Arbeitsamtswelt in die neue Ära hinübergerettet hat.

In einer Woche im Januar wurde aus der Arbeitsvermittlerin die Fallmanagerin. Es dauerte von Montag bis Donnerstag, acht Stunden pro Tag. Sie saß zusammen mit 20 Kollegen in einem Berliner Bildungszentrum und sah sich einen Film an. Er zeigte ein Coaching-Pro-

* Die Namen der Arbeitslosen wurden von der Redaktion geändert.

gramm für schwer Vermittelbare, für alte Menschen, Alkoholiker und andere Suchtkranke. Im Film sah man, wie ein toller Coach kaputte Menschen wieder fit machte für den Markt. Am Ende war der Alkoholiker trocken und voller Spannkraft, ein 70-Jähriger hatte einen Job als Empfangschef im Hotel. „Das fand ich gut“, sagt Frau Jünemann.

Es war ein Film aus einer anderen Welt, aus einer gesunden Arbeitswelt. Vielleicht war Wolfgang Clement der Regisseur.

Vor Jünemanns Bürotür wartet die Realität, eine 30 Meter lange Menschen-schlange. Die Leute wirken, als wären sie eingeschlafen oder am roten PVC-Boden festgewachsen. Die Luft ist feucht, es riecht nach Schweiß. Es ist eine Schlange der Hoffnungslosigkeit, die sich jeden Tag neu formiert. Sie wird nicht kürzer.

In Berlin gibt es 332 874 Menschen, die Arbeit suchen, und 16 912 offene Stellen. Im Bezirk Neukölln haben viele Arbeitslose nie eine Ausbildung beendet. Hier gibt es viele Ausländer, die kaum Deutsch sprechen. Hier leben viele Suchtkranke.

Manchmal fühlt sich Frau Jünemann wie eine Managerin ohne Macht. Sie sitzt jetzt in der Kantine der Agentur. Es gibt Graupensuppe mit Hühnerfleisch. Sie sagt, sie habe nicht Fallmanagerin werden wollen. Der Name klinge so unmenschlich, er mache persönliche Schicksale zu Fällen. Kaum einer habe freiwillig in den Hartz-IV-Bereich wechseln wollen, in die ALG-II-Welt der Langzeitarbeitslosen. Sie sagt: „Ich hatte Angst, nur noch mit dem Personenkreis zu tun zu haben, bei dem eh nichts mehr zu machen ist.“

Aber das Amt brauchte die Besten, die Fallmanager sollten die Bannerträger der neuen Arbeitsmarktpolitik werden. Frau Jünemann gehörte zu den Besten. Jetzt hat sie manchmal Angst, „mit runtergezogen zu werden“ – von der Arbeit, den Schicksalen, den Misserfolgen.

Später steht ein Mann im Türrahmen. Eigentlich hat er erst morgen einen Termin, aber da wird er operiert. Er ist aus dem Krankenhaus kurz vorbeigekommen. Er ist 47 Jahre alt, trägt ein rotes Netzhemd, eine rote Weste, eine rote Baseballkappe und eine rote Dreiviertelhose. Er sagt: „Da bin ich.“

Frau Jünemann nennt den Mann „meinen Alki“. Vor kurzem hat sie angeordnet, dass er sein Arbeitslosengeld wöchentlich in Raten ausgezahlt bekommt, weil er alles vor Monatsende ver-soffen hatte. „Ich bin froh, dat ick nüscht Ihr Ehemann bin“, hat er da geschimpft.

Jünemann sucht das neue ärztliche Gutachten. Sie sagt dem Mann, dass er jetzt nicht mehr arbeitsfähig sei, dass sie

jetzt Sozialgeld für ihn beantragen müsse. „Ja, jut“, sagt der Mann, und zum Abschied: „Jetzt bin ick traurig, dat ick nüscht mehr bei Ihnen bin, demnächst.“ Als er raus ist, sagt die Fallmanagerin, dass das Gutachten des Arztes furchtbar sei. „Der ist bald hinüber. Die Leber ist ganz weggefressen.“

Sie würde sich gern intensiver um ihre Kunden kümmern, so wie es das Gesetz vorsieht. Sie sagt, die wirklich persönliche Betreuung solle erst noch kommen. Irgendwann. „Wenn wir genügend Leute haben. Und genügend Platz. Vielleicht im Oktober.“

Viele Behörden wurden von Hartz IV überrollt. Die Politik hatte ihnen zu wenig Zeit gelassen. Es war, als würde man der Stadt Cottbus heute sagen, sie solle im Juli die Olympischen Spiele ausrichten.

Seit Januar muss sich Frau Jünemann ihr winziges Zimmer mit einem anderen Fallmanager teilen. Das Gebäude für das neue Jobcenter ist noch nicht fertig. Auch die versprochene Betreuungsquote ist längst nicht erreicht. Eigentlich soll sie 150 Kunden betreuen. In Neukölln hofft man, vielleicht im Sommer bei einem formalen Verhältnis von 1 zu 200 zu liegen.

Täglich sieht Birgit Jünemann neue Kollegen. Sie kommen von der Telekom, von der Bahn oder der Bundesanstalt für Angestellte. Es sind die Aussortierten der anderen Behörden. Sie verstehen von der Jobvermittlung so viel wie ein Parkhauswächter von der Flamingo-Zucht.

Die Schlange vor der Tür ist wieder lang. Eine junge Frau hat Angst, dass sie bald aus ihrer Umschulung zur Veranstaltungskauffrau fällt, weil der Träger vom Amt noch kein Geld bekommen hat. Frau Jünemann kann nicht herausfinden, welche Behörde die bewilligte Maßnahme bezahlen soll. Die Frau ist ALG-I-Kundin, zugleich gehört sie aber zur Bedarfsgemeinschaft ihres Mannes, der ALG II bekommt. Jünemann sucht im System, sie rennt zweimal zu Kollegen, sie führt fünf Telefonate. Ihre Stimme klingt immer strenger. Einmal sagt sie ins Telefon: „Wir dürfen das Chaos doch nicht auf dem Rücken der Kundin austragen.“

Die Kundin wartet. Eine halbe Stunde später sagt die Fallmanagerin: „Echt blöde.“ Sie muss die Frau nach Hause schicken und verspricht Klärung.

Manchmal muss sie an den Film übers Coaching denken. Seit fast fünf Monaten ist sie nun Fallmanagerin. Die meisten ihrer Kunden konnte sie bislang nicht mal kennen lernen. Sie ist fleißig und sehr gewissenhaft. Aber sie hat noch keinen ihrer Langzeitarbeitslosen in Arbeit vermittelt. Sie hat sich geschworen, nie nie zu sagen – „aus Prinzip“. MARKUS FELDENKIRCHEN



SCHACHT / ULLSTEIN BILDERDIENST

Agenturchef Weise
„Reform nicht erfolgshaft“

zuhalten, fordern die Kommunen so viel Freiraum wie möglich. Während die Agentur eine strikte Kostenkontrolle verlangt, wollen die Kommunen so viel Geld ausgeben wie möglich.

In den Hartz-IV-Ämtern ist die Rivalität größer denn je: Der Landkreis Märkisch-Oderland will keine Unterkunftskosten mehr zahlen, weil die örtliche Arbeitsagentur bislang nicht die erforderlichen Daten geliefert hat. Im schleswig-holsteinischen Bad Seberg will die Jobcenter-Chefin künftig selbst entscheiden, welche Anweisungen aus Nürnberg sie umsetzt und welche nicht. Im rheinischen Neuss müssen die Sachbearbeiter alle Daten neu ins System eintippen, weil ihre Computer nicht mit der Nürnberger Zentral-Software zusammenarbeiten.

DIE KOMMUNEN BEREICHERN SICH ZU LASTEN DES BUNDES.

Ein „verordneter Wildwuchs“ sei entstanden, klagt die stellvertretende DGB-Chefin Ursula Engelen-Kefer, in dem „die Verantwortung hin- und hergeschoben“ werde – und niemand die Kosten kontrolliere. Kein Wunder, dass sich die Chefs so mancher Jobcenter als erste Amtshandlung neue Dienstwagen oder eigene Pressesprecher bewilligten.

Und so kam, was kommen musste. Die irrwitzige Kompetenz- und Finanzverteilung sorgte nicht nur dafür, dass nach Erkenntnissen von Unternehmensberatern in den neuen Ämtern bis zu 40 Prozent der Arbeitszeit für die Selbstorganisation draufgeht. Sie schuf den finanziell schwindstüchtigen Kommunen auch die Möglichkeit, sich zu Lasten des Bundes zu bereichern. Was von der Bundesregierung als Reform des Arbeitsmarktes gedacht war, funktionierten die Bürgermeister und Landräte der Republik kurzerhand in eine gigantische Umbuchungsaktion zugunsten ihrer Gemeindehaushalte um. Hartz IV geriet zum wahrscheinlich größten kommunalen Entlastungsprogramm aller Zeiten. Wie trick-



Ein-Euro-Arbeiter (in Hamburg)

Ein-Euro-Jobs

Start: Oktober 2004

Teilnehmer: 121 056

Kritiker befürchten eine Vernichtung regulärer Arbeitsplätze. Das Einkommen von Ein-Euro-Jobbern erreicht ungefähr das der unteren Lohngruppen – ein Verstoß gegen das Abstandsgebot.

reich es Städte und Gemeinden verstanden, aus der Reform Kapital zu schlagen, zeigte sich gleich nach dem Jahreswechsel.

Weil für das Arbeitslosengeld II der Bund aufkommen muss, mutierten Zehntausende Sozialhilfeempfänger noch in der Silvesternacht zu angeblich erwerbsfähigen Kunden der Arbeitsagentur. Erklärte sich etwa das Sozialamt der Stadt Leipzig noch im vergangenen Dezember für 21 134 Haushalte zuständig, waren es einen Monat später nur noch 1560. In Köln gelang es den Bürokraten gar, die Schar der von ihnen finanzierten Stützeempfänger von fast 35 000 auf nunmehr 1235 auszudünnen.

Dass es dabei nicht mit rechten Dingen zugeht, belegen interne Fallsammlungen der gesetzlichen Krankenkassen. Um möglichst viel Geld zu sparen, haben viele Kommunen der Arbeitsverwaltung auch Schwerstbehinderte, entmündigte Heiminsassen und Koma-Patienten aufgehalst.

Die Arbeitsvermittlung in Gelsenkirchen etwa ist neuerdings für eine 33-jährige Frau zuständig, die laut Krankenakte nicht nur taubstumm, sondern auch wegen schwerer Schizophrenie in stationärer Behandlung ist. In Augsburg wurde dem Jobcenter die Verantwortung für einen Krebskranken untergeschoben, der per Sonde ernährt werden muss. Und in Lüneburg wurde gar einem Patienten mit Hirninfarkt die Erwerbsfähigkeit attestiert.

Dass es sich um vereinzelte Pannen handelt, wie der Deutsche Landkreistag beteuert, glauben die Krankenkassen nicht. Allein der AOK-Bundesverband ist nach flüchtiger Durchsicht auf mehr als 12 000 Missbrauchsfälle gestoßen.

Er habe deshalb den Eindruck, sagt AOK-Vorstandschef Hans Jürgen Ahrens, „dass es nicht um Einzelfälle geht, sondern um teilweise methodisches Vorgehen der Kommunen“.

Dafür spricht, dass Kämmerer und Bürgermeister die verkorkste Reform auch auf andere Weise zum eigenen Vorteil zu nutzen wissen.

Statt bewährte Sozialamtsbeschäftigte in die neuen Ämter zu versetzen, wie es das Hartz-Konzept eigentlich vorsah, schickten manche Personaldezernenten lieber diejenigen Beschäftigten, die sie ohnehin schon loswerden wollten, ganz nach dem Motto: Notorische Faulenzer – ab ins Jobcenter.

Und so stellten die Vermittler der Arbeitsagenturen vielfach verblüfft fest, dass an den Nachbarschreibtischen keine erfahrenen Sozialarbeiter Platz nahmen, sondern frühere Hilfspolizisten, Katasterbeamte oder Friedhofsverwalter. Schlimmer

DIE SELBSTBESCHÄFTIGUNG DER BEHÖRDEN ERLEBT EINE NEUE BLÜTEZEIT.

noch: Damit die Kommunalbeschäftigten keinen Widerstand leisten, haben nicht wenige Kommunen ihr Hartz-IV-Personal noch vor der Versetzung rasch befördert. Warum auch nicht? Die höheren Gehälter zahlt schließlich Finanzminister Eichel.

Um den Gewinn aus der Hartz-Reform komplett zu machen, setzen nicht wenige Städte und Gemeinden zudem auf den intensiven Einsatz von Ein-Euro-Jobs. An der Idee ist schließlich wenig auszusetzen: Wenn der Staat schon über vier Millionen Langzeitarbeitslose aus Steuermitteln unterhalten muss, warum sollten die sich nicht zum Wohle der Gesellschaft ein wenig nützlich machen? Zumal der Bund alle Kosten trägt: den Lebensunterhalt in Form des Arbeitslosengeldes II genauso wie den Minilohn und die Verwaltungskosten.

Natürlich, so beteuern die Kämmerer treuherzig, würden ihre Ein-Euro-Jobber nur solche Aufgaben erledigen, die sonst niemand macht: der Oma im Heim die Zei-

tung vorlesen, Schülern bei den Hausaufgaben helfen, in der U-Bahn aufpassen.

Die Realität sieht anders aus. Gewerkschafter und Handwerker melden eine Vielzahl von Missbrauchsfällen aus der ganzen Republik. In Zwickau planen die Stadtväter, Ein-Euro-Arbeiter im Straßenbau einzusetzen. In Schönau-Berzdorf bei Görlitz sollten Dutzende Hartz-IV-Kräfte den Bau eines Golfplatzes vorbereiten. In Berlin-Neukölln ließ die Bezirksverwaltung ihre

Umzugskisten von Billigjobbern in ein neues Gebäude schleppen – und sparte so das Geld für den Einsatz einer kommerziellen Spedition.

Selbst die Privatwirtschaft entdeckt inzwischen die Chancen der Ein-Euro-Beschäftigung. So empfiehlt der auf Beratung von Mittelständlern spezialisierte Verlag für die Deutsche Wirtschaft, sich gezielt um kommunale Aufträge zu bemühen und dafür zusätzlich Ein-Euro-Jobber anzuheuern.

Unverblümt weisen die Autoren auf die Vorteile („geringe Personalkosten, keine Arbeitnehmerrechte“) hin. Wenn der Billiglöhner monatlich höchstens 120 Euro erhält, die Arbeitsagentur aber 200 bis 500 Euro überweist, könne man auch nach Abzug der Ausgaben „sogar noch ein Plus machen“, wie es in dem Leitfaden heißt.

Die Selbstbeschäftigung der Behörden, die Hartz IV abschaffen sollte, erlebt eine neue Blütezeit. So prüfen die Arbeitsverwalter inzwischen mittels sogenannter Positivlisten, was als erlaubter Zusatzjob zu genehmigen und was als illegaler Verdrängungswettbewerb zu stoppen ist. Danach



MARCO URBAN/DE

Minister Eichel, Clement: Viel zu optimistische Annahmen und geschönte Zahlen

dürfen Ein-Euro-Jobber in städtischen Parks Unkraut auf Wegen jäten, aber nicht in Beeten. Sie dürfen Senioren beim Einkäufen helfen, aber nur, wenn die nicht pflegebedürftig sind. Sie dürfen mit Schulkindern basteln, aber nur, solange sie nicht die Aufgaben stellen.

Wie wenig solche Papiervorgaben dazu taugen, den Missbrauch zu verhindern, zeigt der Fall der Arbeitslosen Inge Oroudji, 39. Vor wenigen Wochen beorderte sie die örtliche Arbeitsagentur für einen 1,50-Euro-Job als Pflegerin in ein Altenheim im oberpfälzischen Mitterteich. Hätte sie abgelehnt, wäre ihr das Arbeitslosengeld gekürzt worden.

Der Job, sagt Oroudji, habe sich schnell als ganz normale Pflegetätigkeit entpuppt: den Heimbewohnern Essen geben, sie waschen, Windeln wechseln. Für zehn Bewohner sei sie zuständig gewesen, 38,5 Arbeitsstunden pro Woche. Von den anderen Pflegerinnen unterschied sie einzig das Gehalt. Während regulär bezahlte Kräfte etwa 2300 Euro brutto verdienen, bekam sie etwa 220 Euro im Monat.

Kürzlich forderte ihr Arbeitgeber sie sogar auf, den Billigeinsatz höchstselbst als unbedenklich zu erklären. Sie sollte schriftlich bestätigen, dass die von ihr verrichtete Arbeit das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ erfüllt. Wenn sie sich weigerte, drohte ihr Chef, werde er eine Kürzung des Arbeitslosengeldes verlangen – Oroudji unterschrieb.

So läuft es derzeit vielerorts in Deutschland. Schon warnen Experten, dass sich die Ein-Euro-Jobs zu einem neuen Zweiten Arbeitsmarkt nach dem Muster des ABM-Irrsinns der neunziger Jahre entwickeln könnten. Damals wucherten in den ostdeutschen Großstädten regelrechte Beschäftigungskonzerne heran, die mit Beitragsgeldern aus der Arbeitslosenversicherung reguläre Stellen im Öffentlichen Dienst oder dem Handwerk verdrängten.

Ob sie ihren Schnitt nun mit Koma-Patienten oder Ein-Euro-Gärtnern machen: Unter dem Strich, so schätzen die Experten von Finanzminister Hans Eichel, werden

die Kommunen allein in diesem Jahr rund fünf Milliarden Euro aus dem Etat des Bundes abzupfen, doppelt so viel wie geplant.

Eichels Chancen, das Geld am Jahresende im sogenannten Revisionsverfahren zurückzubekommen, stehen schlecht. Länder und Kommunen haben die Rechnung bereits als falsch zurückgewiesen – und ihn wissen lassen, dass sie auf keinen Cent verzichten werden.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Bund von den übrigen Teilen der Hartz-Reform ebenfalls keine Entlastung erfährt. Im Gegenteil: Was die Kommission erfand, um die Beschäftigung mit Finanzhilfen und Subventionen anzukurbeln, erwies sich weitgehend als Flop – ohne Effekt auf dem Arbeitsmarkt, aber teuer für den Staat und die Bundesagentur. Was den Kommunen die Hartz-IV-Reform, waren Ich-AGs oder Vermittlungsgutscheine für Arbeitslose und Unternehmer: Lizenzen zur Abzocke.

So haben sich nach dem Modell der Ich-AG zwar inzwischen rund 240 000 Arbeitslose selbständig gemacht – und dafür eine Unterstützung von immerhin 7200 Euro allein im ersten Jahr kassiert. Doch

ob „die Ich-AG ein Erfolg wird, ist noch völlig offen“, sagt Frank Wießner, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim BA-eigenen Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Wießner hat untersucht, was aus den 48 000 Existenzgründern geworden ist, die bis Ende 2004 schon wieder aufgegeben hatten. Das ernüchternde Ergebnis: Über die Hälfte – rund 26 000 – war wieder arbeitslos gemeldet.

Trotzdem ufernten die Kosten für die Kleinunternehmerförderung aus. 500 Millionen Euro hatte die Bundesagentur im vergangenen Jahr für den Posten eingeplant – ausgegeben wurde schließlich mehr als das Doppelte: 1,08 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind 700 Millionen Euro vorgesehen; schon Ende April waren davon 475 Millionen Euro ausgegeben.

Die Spitze der Bundesagentur weiß genau, wie leicht man sich mit einer Ich-AG Fördergelder erschleichen kann. Allein im vergangenen Jahr sei der Agentur dadurch ein Schaden von 80 Millionen Euro entstanden, heißt es in einem internen Revisionsbericht für den Verwaltungsrat der Behörde. Viele Arbeitslose hatten Geschäfte ohne jede Erfolgchance gestartet – nur um in den Genuss der Fördermittel zu kommen.

Allzu oft, so das siebenseitige Papier, verteilen die Arbeitsagenturen das Geld, ohne vorher genau hinzuschauen. „Strategien zur Missbrauchsidentifizierung- und Bekämpfung waren nicht zu erkennen“, konstatiert der Bericht.

Überall im Lande entstanden Firmen, die nur auf dem Papier existierten oder an

Personalservice-Agenturen
Start: April 2003
Teilnehmer: 23 590

Die von Privatunternehmen eröffneten 857 Zeitarbeitsagenturen erwiesen sich als totaler Fehlschlag. 580 Mio. Euro zahlte der Bund in den vergangenen zwei Jahren. Jeder der 26200 dauerhaft Vermittelten kostete damit 22 000 Euro.



Zeitarbeitsagentur (in Frankfurt am Main)

BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

der Realität vorbeigeplant waren, weil das Risiko dieser Unternehmensgründung vom Staat übernommen wurde. Mit der Ich-AG wurde das freie Unternehmertum nicht gefördert – nur simuliert.

Thomas Hiemer war einer von denen, die es probiert haben. Seit anderthalb Jahren steht der Existenzgründer in seinem kleinen Hobbymarkt in Darmstadt hinter der Kasse. Autolack hatte er im Angebot und Schleifpapier, Metallbohrer und Holzleisten – aber Kunden konnte der Unternehmer kaum gewinnen. An manchen Tagen bimmelte gerade ein-, zweimal die Glocke an seiner Eingangstür. Jetzt kehrt der gelernte Fernsehmechaniker nach 17 Monaten Ich-AG zurück – in die Arbeitslosigkeit.

Überall in der Republik entstanden Sonnenstudios, Imbissbuden und Second-Hand-Shops. Europas größte Volkswirtschaft hat sich ein staatlich gefördertes Scheinwachstum in den kleinsten Nischen verordnet. Derweil in Asien neue Weltkonzerne entstehen, wachsen in Deutschland die Tante-Emma-Läden.

Noch dürrtiger fällt die Bilanz einer weiteren Innovation aus dem rot-grünen Reformarsenal aus: des sogenannten Vermittlungsgutscheins. Wer in der Arbeitsagentur keinen Job bekommt, erhält einen Bon im Wert von 2000 Euro. Damit geht er

ANGEBLICHE VERMITTLER STREICHEN TAUSENDE EURO EIN.

zu einer Vermittlungsfirma, die besorgt ihm eine Stelle und kassiert die Provision.

So weit die Theorie, die Praxis sieht anders aus. Von den rund 1,4 Millionen bis Dezember 2004 ausgegebenen Scheinen, so eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, lag in einem Viertel der Fälle Missbrauch vor. Entweder kassierten die angeblichen Vermittler Prämien für einen Job, den sich der Arbeitslose selbst gesucht hatte. Oder sie strichen Geld für Stellen ein, die das Unternehmen längst besetzt hatte.

Selbst bei „aufwendigen Bemühungen“ könnten solche Trickereien nicht verhindert werden, urteilte der Bundesrechnungshof bereits im Oktober 2003. Empfehlung: Gutscheine abschaffen.

Wie leicht sich das Instrument der Vermittlungsgutscheine missbrauchen ließ, um Tausende Euro einzustreichen, zeigt das Beispiel des Mannes, der sich als Dr. Wolfgang Emanuel Stahl vom Institut für Marktanalyse (IFM) ausgab.

Im Herbst wandte er sich an die Erfurter Vermittlungsfirma Future Personal Management (FPM). 1000 Mitarbeiter benötigte er für ein Projekt namens „Prozeus“, sagte Dr. Stahl, gern lasse er sich die von der FPM vermitteln – wenn er als kleines Dankeschön 300 Euro pro Mitarbeiter bekomme. Und zwar bitte bar auf die Hand.

Die FPM war begeistert – und inserierte in Lokalzeitungen in Berlin und den neuen Ländern. Silke Arnold, 31, erfuhr im „Berliner Abendblatt“ von dem Job. Jeden Monat an 200 Wohnungstüren klingeln, einen Fragebogen ausfüllen und dafür 1700 Euro brutto kassieren. Ein Traumangebot, fand Silke Arnold, nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit.

Die Frau machte sich gewissenhaft an die Arbeit und schickte bald 200 Bögen ausgefüllt ans IFM zurück. Doch aufs Gehalt wartete sie vergebens, Dr. Stahl und seine Mitarbeiter waren plötzlich nicht mehr erreichbar. Mehr als 100 000 Euro hatte der ominöse Dr. Stahl derweil kassiert und einen Gesamtschaden bei Bundesagentur, Sozialkassen, Arbeitnehmern und Firmen von mehr als einer Million Euro verursacht. Seither ist er untergetaucht.

Zur größten Pleite aber entwickelte sich jenes Konzept, das Hartz einst selbst als „Herzstück“ seiner gesamten Reform bezeichnet hat: Jeder Arbeitsbehörde werden private Personalbüros angegliedert, die Erwerbslose gegen Gebühr an Unternehmen ausleihen. Bewähren sich die Beschäftigten, so die Hoffnung, haben sie gute Chancen, anschließend von den Firmen eingestellt zu werden. „Klebeeffekt“ nennen das die Beschäftigungsforscher. Er sollte jährlich rund 300 000 Arbeitslose wieder in Lohn und Brot bringen.

Doch beim Versuch, das Konzept umzusetzen, machte die Nürnberger Arbeitsverwaltung praktisch alles falsch, was sie falsch machen konnte. Anstatt die Agenturen gezielt in solchen Regionen einzusetzen, in denen es genügend Stellen gibt, verteilte die Behörde ihre Büros über die gesamte Bundesrepublik – ganz gleich, ob die lokale Arbeitslosenquote nun bei 2 oder 20 Prozent lag. Schlimmer noch: Den Zuschlag bekamen vielfach nicht die erfahrenen Zeitarbeitsfirmen, sondern branchenfremde Amateure, die besonders günstige Angebote abgegeben hatten.

So kam, was kommen musste. In vielen der hoffnungsvoll gestarteten Hartz-Agenturen saßen die Arbeitslosen oft wochenlang beschäftigungslos herum. Und manche Agenturen versuchten mit allerhand Tricks am Rande der Legalität, Einnahmen und Ausgaben ins Lot zu bringen: Mal ließen sie die versprochenen Fortbildungskurse ausfallen. Mal vermittelten sie Facharbeiter auf Putzhelfer-Jobs. Mal kreierten sie sogenannte 48-Stunden-Stellen: Der Arbeitslose wurde am Monatsletzten eingestellt und zwei Tage später schon wieder gefeuert. So fiel er dem Vermittlungsbüro nur für wenige Stunden zur Last, brachte ihm aber volle zwei Monatsgebühren von der Arbeitsverwaltung ein.

Doch sosehr die Agenturen auch tricksen und täuschten, viele von ihnen gerieten trotzdem in die roten Zahlen. Der größte PSA-Betreiber Maatwerk musste vergangenes Jahr Konkurs anmelden, an-

dere Firmen schrammten nur deshalb an der Pleite vorbei, weil die Nürnberger Behörde nachträglich die Verträge großzügiger auslegte.

Das Projekt verschlang in den vergangenen zwei Jahren rund 580 Millionen Euro. Dafür vermittelte jede der 857 gestarteten Agenturen im Schnitt rund 30 Arbeitslose auf reguläre Stellen: nicht einmal 2 im Monat.

Die Pleiten bei Ich-AGs und Personal-Service-Agenturen, die fehlkonstruierte Hartz-IV-Reform: Die Pannen bei den Arbeitsmarktgesetzen beantworten die Frage, warum die Hartz-Zahlen alle Vorausschätzungen übertreffen, nur zur Hälfte. Die andere Antwort liefert die rot-grüne Haushaltsplanung des vergangenen Jahres.

So haben Wirtschaftsminister Clement und Finanzminister Eichel mit viel zu optimistischen Annahmen und geschönten Zahlen operiert, um der umstrittenen Arbeitsmarktreform überhaupt zum Durchbruch zu verhelfen. Clement unterstellte besonders hohe Effizienzgewinne, weil Langzeitarbeitslose angeblich besser betreut werden. Eichel achtete auf möglichst niedrige Zahlen bei den neuen Arbeitslosengeldempfängern, um 2005 wieder die Verschuldensgrenze des Maastrichter Vertrags einzuhalten.

So kam es, dass sich die verantwortlichen Minister vor allem mit der Zahl der ALG-II-Bezieher gründlich verschätzten. Nach einem internen Papier des Wirtschaftsministeriums, das Staatssekretär Gerd Andres vor zwei Wochen dem Haushaltsausschuss präsentierte, liegt die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bereits jetzt mit 4,47 Millionen um eine Million über den Planzahlen.

Inzwischen zweifelt auch Finanzminister Eichel daran, dass die mit Hartz IV erhofften Erfolge tatsächlich eintreffen. In einer schriftlichen Stellungnahme schlagen seine Experten Alarm. Ob „die der Veranschlagung zugrunde liegenden Effizienzgewinne erreicht werden können, ist nicht sicher“, heißt es in dem zweiseitigen Papier. Unsicherheit bestehe auch bei dem Umfang, in dem bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, warnen die Beamten ihren Minister.

Unter dem Punkt „Sonstiges“ haben sie Eichel ein paar Faustformeln aufgeschrieben. Demnach kosten 100 000 zusätzliche Bedarfsgemeinschaften den Bund 540 Millionen Euro beim Arbeitslosengeld sowie 380 Millionen an Unterkunftszuschüssen. Und ein Prozentpunkt weniger abgelehnte Hartz-Antragsteller schlägt insgesamt mit 170 Millionen Euro zu Buche. Mit einfacher Multiplikation kann Eichel selbst ausrechnen, was eine zusätzliche Million Arbeitslosengeldempfänger kosten – nämlich rund zehn Milliarden Euro.

Dabei ist noch völlig unberücksichtigt, dass nicht nur die Ausgaben für die Grund-

sicherung steigen, sondern auch mehr Geld für die Vermittlung der ALG-II-Bezieher in den Arbeitsmarkt benötigt wird. Das Wirtschaftsministerium rechnet intern damit, dass diese sogenannten Eingliederungsmaßnahmen 2000 Euro jährlich pro Hilfebedürftigen betragen, was den Fiskus noch einmal zwei Milliarden Euro zusätzlich kostet.

Weitere Ausgaben kommen hinzu. Weil die Zahl der Bedürftigen steigt, will die Bundesagentur in diesem Jahr knapp 5000 zusätzliche Vermittler einstellen. Mehrkosten: 325 Millionen Euro.

Selbst Wohlmeinende sind kaum in der Lage, Erfolge der Reform zu erblicken. Die Vermittlungsquoten haben sich in den vergangenen drei Jahren nicht nennenswert verbessert. Der Anteil Nürnbergs an allen Stellenbesetzungen in der Republik liegt weiter bei deutlich unter 20 Prozent. Das heißt im Klartext: Über 80 Prozent aller Jobvermittlungen findet unter Ausschluss der Bundesagentur statt. Die Firmen und die Menschen organisieren selbst, wofür der Staat ihnen seine zweifelhaften Hilfsdienste anbietet.

Das Kabinett kann die Wirklichkeit nicht länger ignorieren. Die Welt der Zahlen schafft neue Fakten. Es ist eine brisante Mischung, für die der Kanzler und seine Minister auf ihrem Krisengipfel Anfang Juni eine Lösung finden müssen. Wenn sich die Prognosen ihrer Finanzexperten bewahrheiten, sind nicht nur die Pläne für die Hartz-Reform in Gefahr, sondern der Bundeshaushalt insgesamt.

Die erwarteten Mehrausgaben von zehn Milliarden Euro allein in diesem Jahr sprengen Eichels Finanzplanung komplett. So gewaltig ist der Mehrbedarf aus der Hartz-Reform, dass der Finanzminister am liebsten die Mehrwertsteuer erhöhen würde – um mindestens einen Prozentpunkt.

Doch eine Anhebung der Steuern hat Schröder bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr ausgeschlossen. Auch der zweite



Verhandler Koch, Stiegler: Heilloses Durcheinander

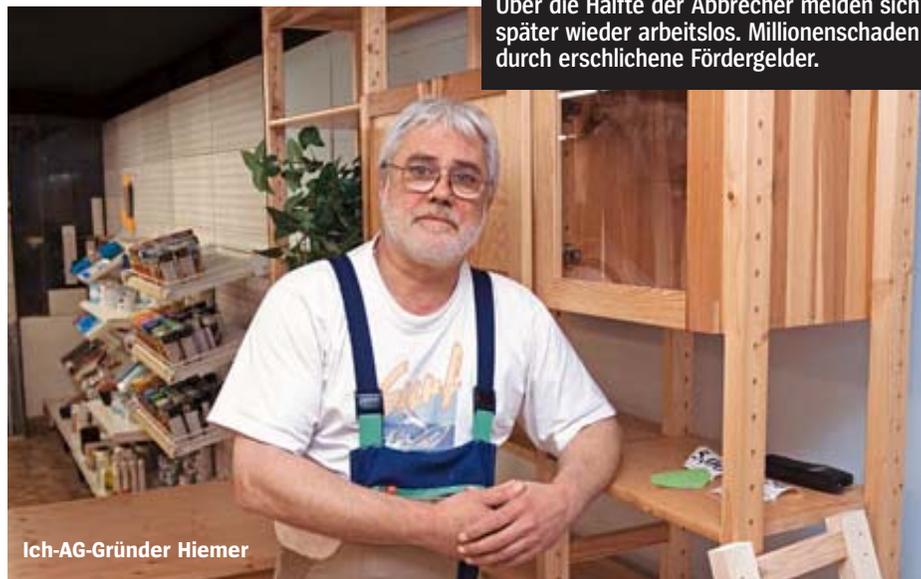
Ausweg, Clement zu Kürzungen bei Arbeitsbeschaffung oder Ein-Euro-Jobs zu zwingen, ist verbaut. Würde die Regierung hier sparen, lägen die Arbeitslosenzahlen im Wahljahr 2006 höher als heute.

Und so tut Eichel, was er in den vergangenen Jahren immer getan hat, um die Einnahmen und Ausgaben des Staates wenigstens auf dem Papier auszugleichen. Die noch verbliebenen Unternehmensbeteiligungen des Bundes sollen verkauft – und zukünftig zu erwartende Einnahmen schon heute zu Geld gemacht werden. Eichel möchte Forderungen aus sogenannten ERP-Krediten an Unternehmen, die in den nächsten Jahren fällig werden, möglichst rasch auf den Markt werfen. So könnte er

Ich-AG – Zuschuss für Existenzgründer

Start: **Januar 2003**
Teilnehmer: **240 508**

Die Bilanz der Ich-AGs ist ernüchternd. Über die Hälfte der Abbrecher melden sich später wieder arbeitslos. Millionenschaden durch erschlichene Fördergelder.



Ich-AG-Gründer Hiemer

ANDREAS VARNHORN

in den nächsten zwei Jahren noch einmal einen zweistelligen Milliardenbetrag eintreiben – und damit wenigstens die drängendsten Haushaltsprobleme entschärfen.

Ungelöst bleibt dabei allerdings der Kern der Misere, die misstratene Hartz-Reform, die das Kabinett Schröder vor schwierige Fragen stellt: Kann das Vorhaben überhaupt noch gerettet werden? Reichen kleinere Korrekturen, oder muss die Regierung das Projekt noch einmal von vorn aufrollen? Ist die Nürnberger Bundesagentur überhaupt reformierbar, oder muss sie am Ende wenn nicht zerschlagen, so doch in deutlich kleinere Einheiten überführt werden?

Am wenigsten ist das Reformdebakel den Beschäftigten zuzuschreiben, die in den Jobcentern vielfach mit großem Engagement einen echten Neuanfang versuchen: Männer wie der Nauener Jobcenter-Chef Dennis Granzow etwa, der gern das „Beste aus Hartz IV machen“ würde, wenn er nicht über jede Personalentscheidung mit der zuständigen Arbeitsagentur in Neu-Ruppin verhandeln müsste. „Wir brauchen einfach mehr Kompetenzen“, sagt er, „um autark arbeiten zu können.“

Auch die Fachleute raten inzwischen zu einem klaren Schnitt: Wirkungslose Hartz-Instrumente wie die Ich-AG oder die Personal-Service-Agenturen müssten abgeschafft, die Kompetenzen bei Hartz IV neu geordnet werden. Die Nürnberger Bundesagentur würde sich auf die Empfänger von Arbeitslosengeld I konzentrieren, Städte und Gemeinden wären allein für die Langzeitarbeitslosen zuständig. Die Mammutbehörde würde de facto zerteilt.

Dass Schröder, Eichel, Müntefering und Clement bei ihrer Krisenrunde nächste Woche im Kanzleramt solch grundsätzliche Fragen debattieren werden, ist unwahrscheinlich. Eine Reform der Hartz-Reform, so sagen Vertraute des Wirtschaftsministers, „ist ein Thema für die nächste Wahlperiode“.

So viel Zeit wird die Regierung kaum haben. Aufgeschreckt von den desaströsen Hartz-Zahlen, hat der Bundesrechnungshof einen fünfköpfigen Prüf-Trupp in die Jobcenter geschickt, um den Ursachen des Milliardenesasters nachzuspüren.

Die Kontrollbehörde, heißt es im Amt, sei „über die Zahlen höchst alarmiert“. Noch im Herbst will sie ihren vertraulichen Abschlussbericht dem Kanzleramt vorlegen.

MICHAEL SAUGA;
SVEN AFHÜPPE, MARION KRASKE,
ALEXANDER NEUBACHER, RENÉ PFISTER,
SEBASTIAN RAMSPECK, WOLFGANG REUTER,
CAROLINE SCHMIDT